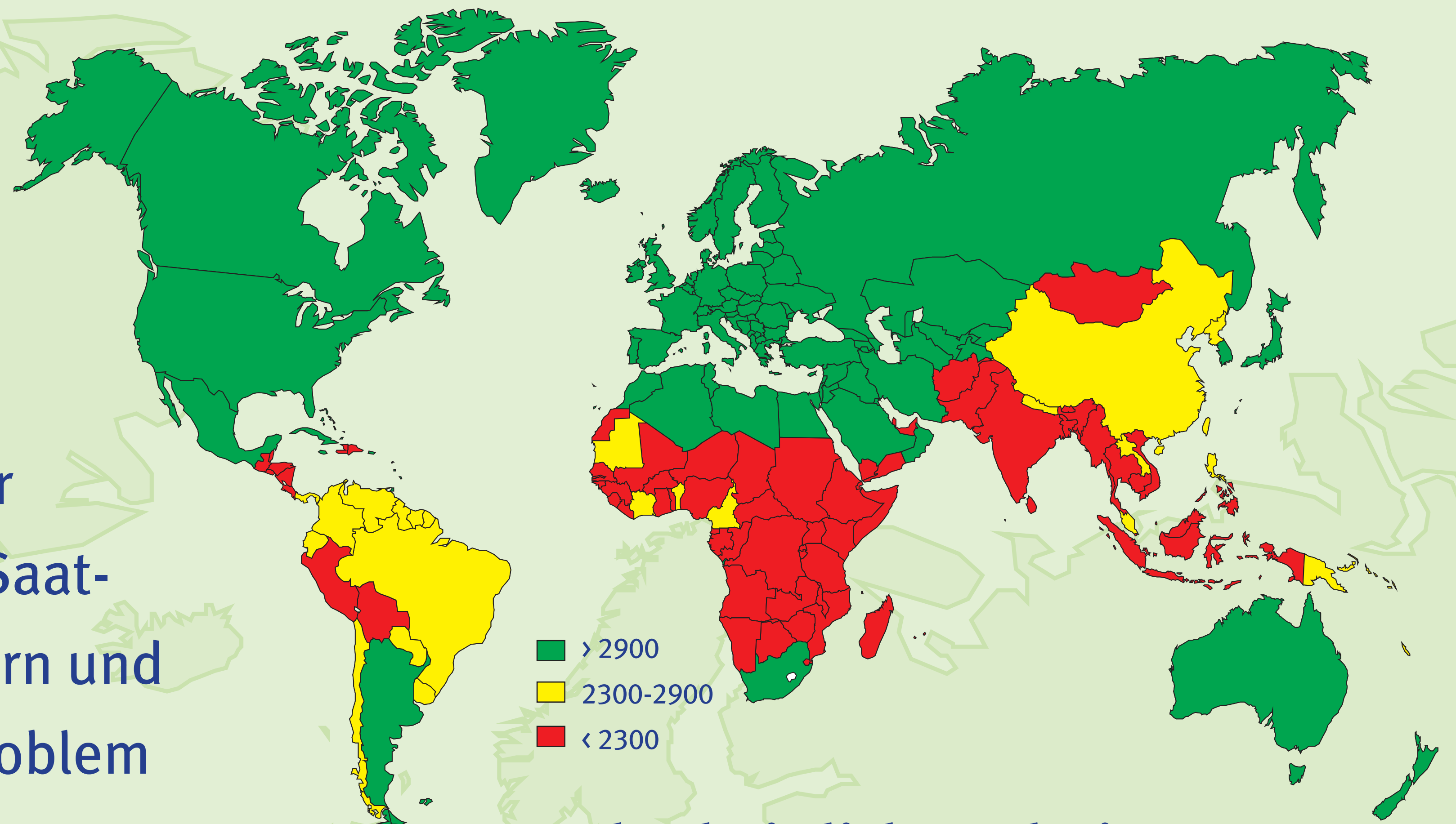


Nahrungssicherheit braucht keine Gentechnik!



Hunger nicht mehr zulassen

Mehr als eine Milliarde Menschen leiden heute an Hunger, obwohl Landwirte weltweit ein Drittel mehr ernten, als die Weltbevölkerung mit 7 Milliarden Menschen zum Sattwerden bräuchte. Gentechikkonzerne vergrößern mit der Entwicklung genmanipulierten und patentierten Saatgutes die Abhängigkeit von Bäuerinnen und Bauern und verursachen ökologische Schäden. Das Hungerproblem lässt sich mit Genmanipulation nicht lösen.



Durchschnittliche Kalorienversorgung pro Einwohner und Tag



Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft

Der 2009 veröffentlichte erste Weltagrarbericht zeigt, dass 70 Prozent der Hungernden auf dem Land leben, arm sind, oft keinen Zugang zu Anbauland und sauberem Trinkwasser und keine soziale Sicherung haben. Hinzu kommen schlechte Bildung, Krankheiten, Korruption und Kriege.

Der Weltagrarbericht zeigt auch, dass standortangepasstes Saatgut, das von den Bauern selbst nachgebaut werden kann, gemeinsam mit ökologischen Anbaumethoden deutliche Ertragssteigerungen bewirken kann. Zur Hungerbekämpfung muss insbesondere die kleinbäuerliche Landwirtschaft gestärkt werden. Gentechnik führt dagegen zu neuen Abhängigkeiten und Verschuldung.

Fazit: Weiter wie bisher ist keine Option
www.weltagrarbericht.de

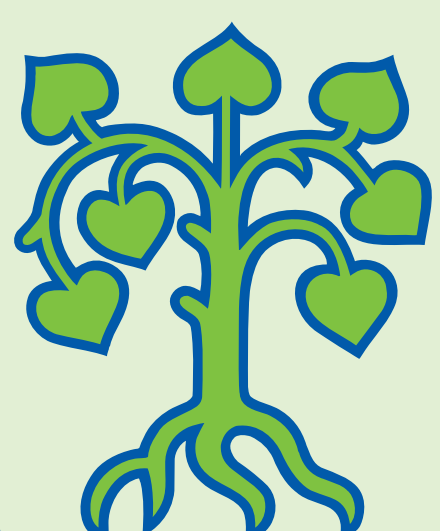
Falsche Versprechungen

Agrogentechnik hat in den letzten 15 Jahren keine wesentlichen Ertragssteigerungen bewirkt. Dies belegt eine aktuelle Studie amerikanischer Wissenschaftler von 2009 (www.ucsusa.org). Mit den heutigen modernen konventionellen Züchtungsmethoden sind dagegen deutliche Ertragssteigerungen bei den Kulturpflanzen möglich, ohne die Risiken der Gentechnik.



Fleisch- und Energiekonsum reduzieren

In deutschen Ställen landeten 2007 fünf Millionen Tonnen Soja. Dafür wurden nach Berechnung des BUND 2,8 Millionen Hektar Fläche in den Ländern des Südens beansprucht. Die massenhafte Verarbeitung von Mais zu Agrosprit führte 2007 auf Grund der gestiegenen Maispreise in Mexiko zur „Tortillakrise“. Die Industrienationen müssen ihre Flächenansprüche für Futter- und Energiepflanzenanbau in den Ländern des Südens reduzieren und ihre Agrarexportsubventionen stoppen.



Bund
Naturschutz
in Bayern e.V.